



3. Februar 2000

VORWÄRTS

**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International****Spende**

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei/SLP (vormals SOV)

Sondernummer

WIDERSTAND! Weg mit ÖVP/FPÖ!

Unsere Alternative zu schwarz blau

Schon jetzt ist die neue Regierung schwer angeschlagen. Ihr Sturz hängt vom Widerstand von unten unten ab. Die jetzigen Proteste können nur der Anfang sein. Ein Ende der FPÖ-ÖVP Koalition durch Streiks und Demonstrationen wäre ein großer Schritt nach vorn. Wir denken, daß um die bestehenden Probleme wirklich zu bekämpfen, auch ein politisches Programm, eine echte politische Alternative notwendig ist:

Kampf der Arbeitslosigkeit!

30 Stundenwoche bei vollem Lohn

Kampf der Armut!

13.000 Mindestlohn und Pension

Kampf dem Bildungsabbau!

Stipendienoffensive statt Studiengebühren.

Kampf dem Rassismus!

Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen

Kampf den Privilegien!

FunktionärInnen und PolitikerInnen sollen nicht mehr als ein Durchschnittsgehalt verdienen.

Kampf gegen Privatisierung und Ausgliederung!

Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen. Schluß mit dem kapitalistischen Chaos, das Rassismus, Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft!

Für ein sozialistisches Europa

Nein zur Festung Europa, Nein zur kapitalistischen EU!

Lautstark und kämpferisch - so kann die erste große Demonstration gegen Blau-schwarz zusammengefasst werden. Bis zu 25.000 Menschen, die spontan - am 2. Februar in Wien auf die Straße gingen, vermittelten eine Botschaft: Diese Regierung wird nicht kampflos hingenommen! Österreichs Politik steckt in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten. Doch weder SPÖ noch Grüne und schon gar nicht Klestil haben eine echte Alternative zu dem blau-schwarzen Alpträum anzubieten. Widerstand!

VON JOHN EVERE

Die ÖVP röhrt sich, dass sich der jetzige Fakt mit der FPÖ nur in wenigen Punkten vom geplatzten Abkommen mit der SPÖ unterscheidet. Tatsächlich ist die Grundtendenz dieselbe: Rechtsruck und Sozialabbau. Blau-schwarz möchte vieles nur schneller und radikaler umsetzen. Unterstrichen wird dadurch vor allem eines; dass sich die künftige Regierung wie auch die Opposition weniger voneinander unterscheiden, als sie vorgeben.

PAKT DER GRAUSAMKEIT

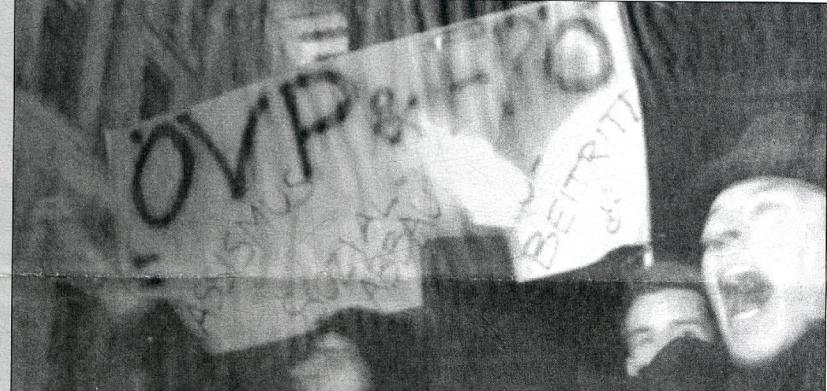
Die blau-schwarze Koalition hat eigentlich nur von zwei Seiten Applaus bekommen: Von der Wirtschaftskammer/Industriellenvereinigung und bekannten Rechtsextremisten. Das Regierungsprogramm liest sich tatsächlich wie ein Forderungskatalog der Unternehmer, gespickt mit rechten Dauerbrennern:

- .) Totale Privatisierung in der Höhe von 120 Milliarden
- .) ArbeitnehmerInnen müssen länger arbeiten
- .) Radikales Sparpaket im öffentlichen Dienst - 9.000 Dienstposten weniger
- .) "Law and order" - Justiz

- .) Neue rassistische Hürden z.B. bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft
- .) Aufrüstung und NATO-Integration
- .) Studiengebühren

- .) Erhöhung von Massensteuern, Mehrbelastungen im Gesundheitswesen
- .) Arbeitsdienst für Arbeitslose
- .) Aushöhlung von Kollektivverträgen

Als "Zuckerl" wird die Ausdehnung des Karentgeldes auf 2+1 Jahre verkauft. Ein Zuckerl, dass vielen im Hals stecken bleibt.



ben wird: Denn im Gegenzug werden öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen werden (siehe Sparpaket im öffentlichen Dienst). "Frauen zurück an den Herd" - das will die Regierung den Frauen tatsächlich sagen.

SCHANDE FÜR ÖSTERREICH?

Österreich war auch bisher kein Paradies, sondern ein Staat, in dem SPÖ-Spitze und ÖVP selten Berührungsängste mit der FPÖ und dem rechtsextremen Rand hatten. Es ist ein Land, in dem bis zu einer Million Menschen als arm gelten, 200.000 - 300.000 arbeitslos sind, seit 15 Jahren Sozialabbau und seit Anfang der 90er Jahre extrem rassistische Gesetze gelten. Es war und ist umgekehrt ein Paradies für Unternehmer und Spitzenfunktionäre. Keine relevante Kraft, vor allem nicht die Gewerkschaften, haben dieser Entwicklung dauerhaft etwas entgegengesetzt.

Die jetzige Situation ist keine "Schande, die vom Himmel fiel", sondern der vorläufige Höhepunkt einer langen Entwicklung. Eine Entwicklung, die in den letzten Jahren vor allem auch durch wachsenden Unmut über Sparpakte, Korruption und die etablierten Parteien insgesamt geprägt war. Und in der sich Gegner der FPÖ als unfähig erwiesen haben, Haider das Monopol über diese Themen streitig zu machen.

EXPERTENREGIERUNG VON OBEN?

BLAU-SCHWARZ VON UNTEN STÜRZEN!

Sich jetzt in erster Linie über das "Image

Österreichs" zu beklagen, wie das vor allem Klestil, SPÖ/Grüne und auch die EU tun, ist kein Programm gegen Blau-schwarz. Der Vorschlag einer "Expertenregierung" ist eine Bankrotterklärung. Eine solche Präsidialdiktatur wäre inhaltlich ein weiterer Schritt Richtung "3. Republik", die auch realpolitisch (bei Neuwahlen) nur die FPÖ stärken würde. Ein Blick in die anderen EU-Staaten zeigt den Weg aus der Sackgasse: In Italien und Frankreich wurden rechte Mehrheiten im Parlament durch Streiks und Demonstrationen auf der Straße zertrümmert. Gemeinsam mit unseren Schwesterorganisationen und Parteien sind wir im "Komitee für eine ArbeiterInnen Internationale" (CWI) in über 30 Ländern zusammengeschlossen und kämpfen für eine solche internationale Politik.

ACTIONSTAG 18.02.2000

Der ÖGB hätte es heute als einzige Kraft in der Gesellschaft in der Hand, Blau-schwarz schnell den Garas zu machen. Belastungen und Angriffsflächen bietet der Koalitionsplatz genug. Er richtet sich klar gegen die ArbeiterInnenklasse. Ein ÖGB, der diese Regierung ohne Kampfmaßnahmen hinnimmt, stellt seine Existenzberechtigung selbst in Frage. Der ÖGB muß sofort mit der Vorbereitung eines bundesweiten Aktionstages beginnen: Kundgebungen, Dienststellen und Betriebsversammlungen bis hin zu weitgehenden Kampfmaßnahmen wie Streiks. Wir selbst haben im Schüller-

Innenbereich die Initiative für einen Schulstreik der SchülerInnenAktions-Plattform gegen Blau-schwarz von Anfang an unterstützt und fordern andere Organisationen und Bereiche auf, sich diesem Aktionstag anzuschließen!

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Die SPÖ hat die Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht nur nicht verhindert. Sie hat den Rechtsruck und Sozialabbau über Jahrzehnte selbst betrieben. SPÖ und ÖGB-Spitze, die nicht dagegen getan hat, sind maßgeblich mitverantwortlich für den Aufstieg der FPÖ. Die Sozialdemokratie hat inzwischen weder etwas mit Widerstand, noch mit sozialistisch oder links zu tun. Ähnliches gilt für die Grünen, die kein Angebot für jene Menschen darstellen, die jetzt - geschockt von Blau-schwarz - aktiv werden wollen. Wir haben auf unserer Konferenz am 30.01.2000 beschlossen, gerade jetzt eine neue Kraft zu gründen: Die Sozialistische Linkspartei (SLP). Wir wollen damit allen ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen, die sich jetzt zu wehren beginnen, auch eine politische Alternative anbieten: Mit einer Partei, die gegen die kapitalistischen Wurzeln von Rechtsruck und Sozialabbau kämpft und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, den Sozialismus, eintritt.

Imp.: SOV, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Druck: Eigendruck, Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Jetzt aktiv werden! ☎ 01/ 524 63 10 E-Mail: sov@gmx.net

Aktionstag

18.2.2000

WIDERSTAND

Weg mit FPÖ/ÖVP!

DISKUSSION: Mittwoch 9.2. 19.30 Uhr

Widerstand Jetzt - Jetzt aktiv werden!

Wie wurden in anderen Ländern rechte Regierungen gestürzt und was sind die
nächsten Schritte in Österreich

OG-Wien Mitte - Amerlinghaus, 7; Stiftgasse 8

JETZT AKTIV WERDEN!

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

Ortsgruppe Wien Süd
jeden Freitag 19.00 Uhr
"Cafe Halikarnas" 5; Spengerg. 31

Ortsgruppe Wien West
jeden Dienstag 19.00 Uhr
"Club International"
16.; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord
jeden Freitag 19.00 Uhr
"Café Sperlhof"
2., Große Sperlg./Kleine Pfarrg.

Ortsgruppe Wien Mitte
jeden Mittwoch 19 Uhr
"Amerlinghaus"
7., Stiftgasse 8

SLP

Sozialistische Linkspartei
vormals Sozialistische Offensive Vorwärts/SOV